



Newsletter SPD-Fraktion im Kreistag

Juli 2014



Täglich rege Nachfrage im Sozialkaufhaus

Das Sozialkaufhaus in Dreieich-Sprendlingen floriert, auch wenn das eigentlich nicht positiv zu werten ist. Zeigt die Nachfrage doch deutlich, dass trotz prosperierender Wirtschaft und Rekordbeschäftigungszahlen Armut leider immer noch ein Thema in unserer Gesellschaft ist.

Die Leiterin der Einrichtung, Maria Holzenthal, überraschte die Mitglieder der SPD-Kreistagsfraktion mit Kundenzahlen des Kaufhauses und mit dem Umfang der Beratungsleistungen der angeschlossenen Beratungsstelle, die auch noch 16 Einzelwohnungen im Betreuten Wohnen für ehemalige Wohnsitzlose unterhält.

Bis zu 170 Personen suchen das Sozialkaufhaus jeden (!) Tag auf. Dadurch stehen die gespendeten und teilweise durch eine angegliederte Schreinerei wieder aufgearbeiteten Möbel selten länger als zwei Tage im Verkaufsraum. Angeboten werden auch Spielsachen und Kleidung. Die Städte Langen, Dreieich und Dietzenbach nutzen das Angebot auch bei der Ausstattung von Flüchtlingswohnungen.

Die Paritätischen Projekte gGmbH, die die Fachberatungsstelle und das Sozialkauf-



Vor dem Sozialkaufhaus in Dreieich-Sprendlingen - v.l.n.r.: Jürgen Kaiser, Norbert Schuthels, Heinz Seipel, Fraktionsvorsitzender Werner Müller, Ute Saib, Margrit Jansen, Walter Fontane, Ingeborg Fischer, Heinz Eyßen, Rolf Wenzel, Karl-Heinz Stier und Gero Hildebrand



haus betreiben, bieten zudem dreißig 1-€-Jobbern einen Hinzuverdienst an. Der Nebeneffekt, ehemalige Wohnsitzlose werden wieder an regelmäßige Arbeit gewöhnt.



Im Möbellager des Sozialkaufhauses

Die Hilfesuchenden in der Beratungsstelle sind mitunter seit mehreren Jahrzehnten wohnsitzlos: „Keiner hat sich dieses Schicksal ausgesucht,“ so die Einschätzung von Maria Holzenthal. Gründe für das Abrutschen seien in der Regel

schwere persönliche Schicksalsschläge. Menschen aus allen Schichten suchten deshalb Hilfe in der Sprendlinger Einrichtung, die für alle Menschen im Kreis Offenbach offen stehe. Obwohl viele der Klienten auf lange Zeit durch alle sozialen Netze gefallen seien, könne ihre Wiedereingliederung trotzdem gelingen.

Das erfordere aber eine lange professionelle Begleitung, oft über mehrere Jahre.

Der Kreis der Klienten habe sich auch verändert. Früher zogen die Wohnsitzlosen meist durchs Land und blieben nicht lange an einem Ort. Heute finde man Menschen, die hier schon lange auf der Straße lebten, sich mit Schwarzarbeit, z.B. im Gastgewerbe, durchs Leben geschlagen hätten, deren Arbeitsplätze inzwischen aber weggefallen seien, erfuhr die SPD-Fraktion weiter.

Aufgrund der starken Nachfrage in allen Bereichen wäre eine Dependence der Einrichtung in einer weiteren Stadt im Kreis nicht nur wünschenswert sondern

WIR BIETEN AN:

- Annahme von Möbelspenden, die von uns abgeholt und an die Bevölkerung weitergegeben werden,
- Auslieferung von Möbeln gegen eine geringe Gebühr,
- kleinere Entrümpelungen und Entsorgungen,
- Annahme von Gebrauchsgegenständen aus Haushaltsauflösungen.

KONTAKT

Bei Fragen zu Ablauf und Terminen nehmen Sie bitte Kontakt mit uns auf.

Wir stehen Ihnen während der Öffnungszeiten unter der Telefonnummer **06103/312514** gerne zur Verfügung.

auch denkbar, ist die Leiterin der Einrichtung sicher.

Thomas Przibilla, Leiter des SPD-Fraktionsarbeitskreises Integration, sicherte die politische Unterstützung der unverzichtbaren Arbeit der Sozialberatungsstelle und ihren Projekten zu. ○

Freie Träger sind Partner des Kreises

Vertreter der großen Wohlfahrtsverbände gehören zu den wichtigen Gesprächspartnern, mit denen in regelmäßigen Abständen von der SPD-Kreistagsfraktion Gespräche geführt werden. Das Diakonische Werk Offenbach-Dreieich-Rodgau gehört zu diesen Verbänden.

Der aktuelle Info-Flyer des Diakonischen Werkes listet insgesamt dreißig Einrichtungen und Angebote auf, für die die Diakonie im Kreis die Verantwortung übernommen hat. Mit 106 Mitarbeitern und



ca. 300 ehrenamtlich Tätigen werden dabei im Jahr rund 4,8 Millionen Euro umgesetzt.



In der Winkelmühle in Dreieich-Sprendlingen - v.l.n.r.: Günter Lachmund, Heide Wolf, Ute Selb, Yvonne Tesch-Kühnsoles, Werner Müller, Ingeborg Fischer, Walter Fontane, Karl-Heinz Stier

Für die Kreis-SPD sind diese freien Träger zur Aufrechterhaltung des sozialen Gefüges im Kreis unverzichtbar. Ob Schulsozialarbeit, betreutes Wohnen für psychisch Kranke, Anti-Gewalt-Beratung für Männer, Schuldnerberatung und vieles mehr - hoher fachlicher Standard, Kompetenz und Einfühlungsvermögen werden gewährleistet.

Die Gespräche dienen auch dazu, die Erfahrungen der Träger über die reale Entwicklung im Kreis kennen zu lernen. Sie haben die Hand am "Puls der Zeit".

Schulsozialarbeit - das System erzwingt Zeitverträge

Da Schulsozialarbeit zur Zeit noch nicht gesetzlich abgesicherte Pflichtleistung des Jugendhilfeträgers (=Kreis) ist, ist der Kreis gezwungen, Finanzierungszusagen für die Einstellung von MitarbeiterInnen immer nur befristet abzugeben. Die Folge ist, dass Arbeitsverträge ebenfalls nur befristet abgeschlossen werden. So erzwingt eine fehlende gesetzliche

Regelung eigentlich nicht gewünschte Arbeitsverhältnisse. Es sei denn, die Kreise werden durch das Land Hessen wieder ausreichend mit Mitteln ausgestattet und nicht gezwungen, alle sogenannten freiwilligen Leistungen einzuschränken. ○



Sozialleistungen nicht durch die Hintertür abbauen!

Vor zwanzig Jahren arbeiteten die Stadt Offenbach und der Landkreis noch in vielen Politikfeldern zusammen. Heute wird nur noch im Zweckverband Wasserversorgung Offenbach (ZWO) gemeinsam geplant und finanziert.

Aber als Nachbarn hat man sich immer einiges zu sagen. Daher sucht die SPD-Kreistagsfraktion unregelmäßig auch den politischen Meinungs-austausch mit der SPD-Stadtverordnetenfraktion Offenbach. So auch im Juni diesen Jahres.

Gemeinsam konnte man sich schnell auf die Ablehnung der kommunalfeindlichen Finanzpolitik der hessischen Landesregierung verständigen. Für die Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleiches werden sich beide Fraktionen um eine gemeinsame Position bemühen, auch wenn Stadt- und Kreisinteressen nicht immer zwangsläufig deckungsgleich sein müssen.

Insbesondere die offensichtlichen Belastungen der Kommunen im Ballungsraum - z.B. durch verstärkte Zuzüge wie in Offenbach, aber auch in



Dietzenbach - wollen sowohl Stadt- als auch Kreis-SPD in die Debatte einbringen. Gemeinsam ist es auch die Absicht, sich gegen die "Umdeklarierung" von Pflichtaufgaben in freiwillige Leistungen zu wehren, die durch das Land Hessen angestrebt wird. Hintergrund: Wenn viele Sozialleistungen freiwillige Leistungen werden, kann die Finanzausstattung der kommunalen Seite durch das Land noch weiter abgebaut werden.

Die Vertreter der SPD-Stadtverordnetenfraktion erwarten insbesondere im Sozialbereich Vorteile für beide Seiten, wenn eine bessere Zusammenarbeit der beiden Gebietskörperschaften organisiert werden könnte.

Beide Fraktionen wollen das in den nächsten Monaten weiter ausloten und konkretisieren. ○



Das Ziel ist noch nicht erreicht

U-3-Angebote im Kreis mit großen Unterschieden

Auf 37,9 Prozent setzt die KiFög-Länderstudie des Deutschen Jugendinstituts aus dem Jahr 2012 die notwendige durchschnittliche U-3-Betreuungsquote in Hessen an. 8,9 Prozentpunkte sind davon für unter Einjährigen vorgesehen.

Rechnet man die jetzt schon von den Kommunen im Kreis geplanten weiteren 183 Plätze hinzu, würde die Versorgungsquote im Kreis auf 29,5 Prozent steigen,

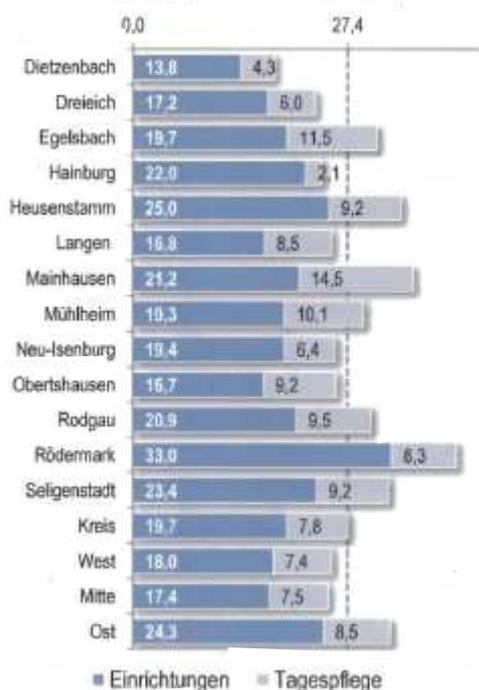


vor dem Rathaus in Offenbach - v.l.n.r.: Yvonne Tesch-Killispies, Holger Hinkel (Stellv. Fraktionsvorsitzender Stadt), Ingeborg Fischer, Werner Müller (Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion), Andreas Schnelder (Vorsitzender der SPD-Stadtverordnetenfraktion), Carmela Dinioe, Gertrud Marx (Stellv. Vorsitzende Stadt), Erich Ströb, Gerd Hübeler, Marc Knoemisch



d.h. für die Altersgruppe von einem bis drei Jahren wären zumindest statistisch gesehen ausreichend Plätze vorhanden. Es fehlen dann aber immer noch Plätze für die unter Einjährigen und im Ballungsraum ist die Nachfrage nach Plätzen höher als im ländlichen Raum. Die Kommunen sind also weiterhin gefordert.

U3 Versorgungsquoten März 2014 (%)



Betrachtet man die einzelnen Kommune im Kreis, gibt es große Unterschiede in der Betreuungsquote, wobei die Tagespflegeeltern einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Abdeckung der Nachfrage leisten. Überraschend ist, dass die Betreuungsquote im Ostkreis wesentlich höher ist als in den anderen Kreisteilen. ○



In dieser Rubrik werden Sie zukünftig Informationen aus den Beratungen der Ausschüsse des Kreistages finden.

kurz und knapp...

* Im zweiten Halbjahr 2014 wird der Kreis insgesamt 424 **Flüchtlinge** aufnehmen müssen. Das sind 100 mehr als im ersten Halbjahr.

* Die **Verlängerung der geplanten Regionaltangente West** bis nach Langen macht keinen Sinn. Eine Nutzen-Kosten-Untersuchung hat im Jahr 2003 einen negativen Wert ergeben. Eine Initiative der Stadt Langen, die die Kosten einer Machbarkeitsstudie, geschätzte 80.000 €, übernehmen müsste, gibt es ebenfalls nicht. Wenn die Stadt Langen trotzdem eine Trasse freihalten will, muss sie die Initiative zur Änderung des Regionalen Flächennutzungsplanes ergreifen.

* Der Vorschlag des Kreisaußenbeirates, im Kreistag **Handlungsempfehlungen für die Beratung, Begleitung und Integration von Flüchtlingen** zu beschließen, wird eine breite Mehrheit finden. Sozialdezernent Carsten Müller verwies im Sozialausschuss des Kreistages darauf, dass viele der Vorschläge schon geübte Praxis im Kreis seien.

* Der Kreistag wünscht sich mehr **Personal für die Betreuung von Flüchtlingen**. Das Verhältnis von Betreuern zu Flüchtlingen ist derzeit noch ca. 1:120. Es ist das Ziel, das Verhältnis



auf 1:80 zu senken. Das geht aber nur, wenn Bund und Land diese staatliche Aufgabe voll finanzieren.

* Betreuer von Jugendgruppen müssen ein **qualifiziertes polizeiliches Führungszeugnis** vorlegen, wenn die Maßnahme mit Mitteln des Kreises gefördert werden soll. In drei Veranstaltungen wird die Kreisjugendförderung die Betroffenen informieren. Das qualifizierte Führungszeugnis wird kostenlos ausgestellt.

* Im Jahr 2007 wurde die Wichernschule in Mühlheim, eine Förderschule, aufgelöst. Parallel dazu startete der Kreis mit Unterstützung des Landes Hessen einen **Modellversuch "Begabungsgerechte Schule"**. Kernelement des Versuches war es, alle Schüler und Schülerinnen aus einem Einzugsgebiet in die Grundschule aufzunehmen und auf die Feststellung von Förderbedarfen bei einzelnen Kindern vollständig zu verzichten.

Die beteiligten Schulen wurden personell und sächlich aufgerüstet. Dieser Schulversuch wurde wissenschaftlich begleitet. Die ersten Ergebnisse wurden dem Schulausschuss des Kreistages aktuell vorgestellt.

Professor Dr. Katzenbach, der Leiter der wissenschaftlichen Begleitung, zog ein eindeutiges Fazit: Das zentrale Ziel des Schulversuches ist gelungen.

Es wurden dabei viele unterschiedliche Aspekte untersucht und bewertet.

Auch im Kreis Offenbach gab es bei einer Frage nichts Neues zu vermelden: Es ist möglich in heterogenen Lerngruppen mindestens genauso gute

Schulleistungen zu erzielen, wie in homogenen. Inklusion ist also machbar, wenn die Bedingungen der Institution Schule stimmen.

* **Live-Übertragungen aus dem Kreistag** in Kooperation mit einem Partner wird es vorerst nicht geben. Der Informationsgewinn wäre im Verhältnis zum Aufwand zu gering. Viele ehrenamtliche Kreistagsabgeordnete befürchten dabei auch, dass Mitschnitte im Netz missbraucht werden könnten. Diese Befürchtungen sind auch in vielen Stadtverordnetenversammlungen geäußert worden.

* Interesse an einem guten **Zustand der Flüsse und Bäche und des Grundwassers** in der Region haben alle. Handeln können diejenigen, die Kläranlagen betreiben oder sie kontrollieren und der Gesetzgeber, der Grenzwerte festlegt.

Der Landkreis Offenbach hat keine Handlungsmöglichkeiten. Daher ist ein Beschluss im Kreistag zu diesem Thema nur heiße Luft. Das sehen allerdings nicht alle Fraktionen so. Sie wollen das Thema debattieren, um dazu Presseerklärungen zu verfassen.

Der nächste Newsletter erscheint am 13.10.2014.



**Leserbriefe an:
SPD@kreis-
offenbach.de**